

Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 480

Einwohnerratssitzung vom Montag, 20. Mai 2019, 19.00 Uhr
in der alten Dorfturnhalle

Anwesend	34/35/36 5/6	Personen des Einwohnerrates Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Sylvie Anderrüti (anwesend ab 19.05 Uhr), Urs Baumann, Stephan Bregy, Tobias Henzen, Kurt Lanz (anwesend ab 20.15 Uhr), Patrick Ritschard Gemeinderat: Roger Schneider, Emanuel Trueb (anwe- send ab 19.25 Uhr)	
Vorsitz	Hasan Kanber	
Protokoll	Evelyne Hefti	
Weibeldienst	Martin Suter	

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1. Totalrevision Reglement über die Gross-Gemeinschafts-
Antennenanlage (GGA-Reglement), neu Reglement über das Multime-
dianetz (MMN-Reglement) – 2. Lesung 3153
2. Beantwortung Postulat der SVP-Fraktion, Stephan Ebert, betreffend
„Sichere Fussgängerstreifen“ 3093
3. Beantwortung Interpellation der CVP, Dominique Häring, betreffend
„Bio-Klappen in Pratteln – Bioabfälle verwerten statt entsorgen“ 3154
4. Beantwortung Interpellation der CVP, Dominique Häring, betreffend
„Müll soweit das Auge reicht – wie soll das weitergehen?“ 3155
5. Resolution der SP-Fraktion, Fabian Thomi, betreffend „Ausrufung des
Climate Emergency („Klimanotstand““ 3159
6. Beantwortung Interpellation der SVP-Fraktion, Christian Schäublin,
betreffend „Waidmanns-Unheil – dritter Streich: Gemeinderat verfährt
sich im Jagd-Vergabeverfahren“ 3160
7. Beantwortung Postulat der SP-Fraktion, Fabian Thomi, betreffend
„Überdachte Fahrradparkplätze auf dem Friedhof Blözen“ 3134
8. Fragestunde

Begrüssung

Hasan Kanber: Liebe Einwohnerratskolleginnen und -kollegen, liebe Gemeinderätin und Gemeinderäte, liebe Pressevertreter, liebe Gäste und geschätztes Publikum. Ich begrüesse sie zur 480. Sitzung des Einwohnerrates.

Präsenz

Es sind zurzeit 34 Personen des Einwohnerrates anwesend und der Rat ist beschlussfähig. Das einfache Mehr beträgt 18, das 2/3-Mehr 23 Stimmen.

Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

- Keine Mitteilungen.

Mitteilungen des Gemeinderates

GR Urs Hess: Gerne informiere ich euch über die Fröschmatt-Unterführung. Leider kann ich nicht viel darüber berichten. Von der Gemeinde aus sind wir dran, dieses Projekt vorwärts zu treiben. Es gibt noch ein paar Hindernisse mit der SBB und den Landeigentümern. Wir stecken in Verhandlungen und versuchen, das Projekt entsprechend aufzugleisen. Im Weiteren wurde uns von der SBB mitgeteilt, dass die Passerelle wahrscheinlich unter Denkmalschutz steht und das ist vielleicht ein weiterer Punkt, warum die SBB im Moment nicht weiter macht. Aber wir bleiben dran, nicht dass der Rat denkt, der Gemeinderat unternimmt in dieser Sache nichts. Wir versuchen wirklich, die Fröschi-Unterführung so schnell wie möglich umzusetzen. Bei Fragen stehe ich nach der Sitzung gerne zur Verfügung.

Neue parlamentarische Vorstösse

- Planungsmotion der Fraktion der U/G, Benedikt Schmidt, betreffend „Neues AFP-Aufgabenfeld „Klimaschutz““ vom 14. Mai 2019.
- Postulat der SP-Fraktion, Fabian Thomi, betreffend „Autofreie Sonntage“ vom 16. Mai 2019.
- Interpellation der SP-Fraktion, Fabian Thomi, betreffend „Merkblatt Nachhaltige Verpflegung“ vom 16. Mai 2019.
- Postulat der FDP-Fraktion, Paul Dalcher, betreffend „Publizierung von amtlichen Bestattungsanzeigen auf der Homepage www.pratteln.ch“ vom 13. Mai 2019.
- Interpellation der Fraktion der U/G, Benedikt Schmidt, betreffend „Kein Schmutzwasser ins Gewässer vom 19. Mai 2019.
- Postulat der SP-Fraktion, Fabian Thomi, betreffend „Abfallfrei leben“ vom 17. Mai 2019.

Fragestunde

- Es liegen keine Fragen vor.

Bereinigung Geschäftsverzeichnis

Es gibt keine Bemerkungen zum Geschäftsverzeichnis und daher wird nach dem bereinigten Geschäftsverzeichnis verfahren.

Es sind nun 35 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 18, das 2/3-Mehr 24 Stimmen.

Beschlüsse

Geschäft Nr. 3153

Totalrevision Reglement über die Gross-Gemeinschafts-Antennen- anlage (GGA-Reglement), neu Regle- ment über das Multimedianeetz (MMN- Reglement) – 2. Lesung

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 15. Januar 2019

GR Urs Hess: Die 1. Lesung wurde vom Rat bestens beraten und von meiner Seite aus gibt es nichts weiter hinzuzufügen. Ich bitte den Rat, die Vorlage gemäss 1. Lesung auch in der 2. Lesung so zu lesen und zu beschliessen.

Es gibt zur Direktberatung keine Wortmeldungen und es folgt die Lesung

- § 1 Zweck
- § 2 Wirtschaftlichkeit
- § 3 Rechnungsführung
- § 4 Netzausbau
- § 5 Anschluss von Nachbargemeinden
- § 6 Bewilligung
- § 7 Anschluss durch das MMN
- § 8 Durchleitungsrecht
- § 9 Duldung von Installationen
- § 10 Erstmalige Hausinstallation
- § 11 Erweiterungen oder Änderungen an der bestehenden Hausinstallation
- § 12 Übernahme der Hausinstallation
- § 13 Unterhalt der Hausinstallation
- § 14 Rücknahme der Hausinstallation
- § 15 Plombierung von Wohnungsanschlüssen
- § 16 Sistierung des Anschlusses
- § 17 Zutrittsrecht
- § 18 Kontroll- und Auskunftsrecht
- § 19 Anschlussgebühren
- § 20 Benutzungsgebühren
- § 21 Urheberrechtsgebühren
- § 22 Strafbestimmungen
- § 23 Entzug des Anschlusses
- § 24 Hinterzogene Gebühren
- § 25 Schadenersatz
- § 26 Rechtsschutz
- § 27 Vollzug
- § 28 Aufhebung bisherigen Rechts
- § 29 In Kraft treten

Keine Wortmeldungen

Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Die Totalrevision des Reglements über die Gross-Gemeinschafts-Antennenanlage (GGA-Reglement) vom 21. November 1983 wird genehmigt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: 24. Juni 2019.

Geschäft Nr. 3093

Beantwortung Postulat der SVP-Fraktion, Stephan Ebert, betreffend „Sichere Fussgängerstreifen“

Aktenhinweis

- Postulat der SVP-Fraktion, Stephan Ebert, vom 29. Januar 2018
- Beantwortung des Gemeinderates vom 21. Februar 2019

GR Urs Hess: Die Beantwortung liegt dem Rat schriftlich vor. Wir haben sämtliche Fussgängerstreifen auf Defizite überprüft. Dabei wurden zwei verschiedene Sachen angeschaut. Zum einem, ob sie nachts und tagsüber sicher sind und zum anderen, ob die Sichtweiten eingehalten werden. Dies war auch der Fall - bis auf einen Fussgängerstreifen, der zwischenzeitlich aber bereits in Ordnung gebracht wurde. Die Beleuchtung ist bei einigen nicht optimal oder sogar schlecht. Diese werden durch den Sommer hindurch entsprechend nachgerüstet, damit sie in der Wintersaison beim schnelleren Eindunkeln sicher sind. Die restlichen ungenügend beleuchtenden Fussgängerstreifen werden im Zusammenhang mit einer Strassensanierung oder mit der Beleuchtung des ganzen Strassenzugs aufgerüstet. Selbstverständlich werden die dringenderen Fälle vorgezogen, damit sie nachher in Ordnung sind. Es ist jedoch nicht so, dass Unfallgefahr besteht. Bei der Sanierung einer Strassenbeleuchtung muss immer der ganze Strassenzug beachtet werden. Entsprechende Aufträge wurden bereits erteilt. Die Kosten laufen über das normale Unterhaltsbudget, wo der Strassenunterhalt und die Beleuchtungsanlagen enthalten sind. Ich bitte den Rat, das Postulat abzuschreiben.

Stephan Ebert (Postulant): Ich danke GR Urs Hess für die Beantwortung. Du hast bereits alles gesagt, was ich wissen wollte. Was wichtig und interessant ist, wurde bei den Erwägungen geschrieben, nämlich dass die Beleuchtungen, welche angeschaut wurden, ernüchternd waren. Wir laufen also schon ziemlich lange in einem halbdunklen Bereich über die Strassen. Man sollte noch darüber nachdenken, ob bei anderen Punkten nicht auch Handlungsbedarf besteht. Die einzige Frage, welche ich noch hatte, wurde ebenfalls bereits beantwortet: Die im Aufgaben- und Finanzplan eingestellten Mittel werden gezielt eingesetzt und es sind genügend Mittel vorhanden. Auch der Rahmen für die Umsetzung wurde klar genannt. Ich bitte für die Zukunft, dass die ganze Beleuchtung beschleunigt angesehen wird, damit wir wirklich durch einen hell beleuchteten Winter kommen.

Christine Weiss: Die SP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Bemühungen und ist für das Abschreiben. Wir sind froh, dass der Gemeinderat sich sofort um die Sicherheit bei den Fussgängerstreifen gekümmert hat.

Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat Nr. 3093 wird als erfüllt abgeschrieben.

Geschäft Nr. 3154

Beantwortung Interpellation der CVP, Dominique Häring, betreffend „Bio- Klappen in Pratteln – Bioabfälle ver- werten statt entsorgen“

Aktenhinweis

- Interpellation der CVP, Dominique Häring, vom 6. März 2019

GR Urs Hess: Bioklappen sind nicht zum ersten Mal ein Thema hier im Rat. Das ist allerdings schon eine Weile her. Seither hat sich nicht viel an dieser Sache geändert.

Frage 1: Plant die Gemeinde Pratteln, eine Bio-Klappe einzuführen? Frage 2: Hat die Gemeinde bereits Abklärungen zu einer 2-jährigen Pilotphase getroffen (analog Frenkendorf)? Frage 3: Ist Pratteln bereit, einen finanziellen Anreiz zu schaffen, indem Sie z.B. ein Startset vergünstigt anbietet (analog Frenkendorf)? Wir wissen, dass die Gemeinde Reinach eine solche Anfrage ebenfalls geprüft hat. Das Interesse und die Bereitschaft zum Mitmachen waren dort praktisch bei null. Unsere Überlegung ist, dass wir zuerst schauen, wie die Pilotphase der Bioklappen in Frenkendorf läuft. Wenn wir darüber mehr wissen und es dort Anklang findet, sind wir sicher nicht diejenigen, die sagen, wir machen das nicht. Aber im Moment ist ein Interesse schlichtweg nicht da und wir müssen uns etwas anderes überlegen. Dann stellt sich noch die Frage, wo man eine Bioklappe hinstellt. Da werden sicher Geschmäcker vorhanden sein, welche nicht unbedingt angenehm sind... Ausserdem haben wir ganz in der Nähe eine Kompostieranlage, wohin man das Material bringen oder der Grüngutabfuhr mitgeben kann. Von dem her sind wir parat, um alles richtig entsorgen zu können. Frage 4: Bezieht Pratteln bereits Wertstoffe der BioPower oder gedenkt sie, diese künftig zu beziehen? Selbstverständlich liefern wir nicht nur ab, wir beziehen auch Reifekompost von der BioPower-Anlage. Frage 5: Plant die Gemeinde Pratteln andere Massnahmen, den Hausmüll zu verringern? Wenn man den Hausmüll reduzieren will, ist Prävention sicher nötig. Trotzdem muss jeder Einzelne auch selber schauen. Die Gemeinde kann nicht verordnen, dass man keine Abfälle mehr produziert. Im Rahmen der Energiestadt weisen wir immer wieder auf die Problematik hin, dass man Abfälle möglichst vermeiden soll, bevor sie überhaupt entstehen, beim Einkaufen auf die Menge zu achten, damit keine oder nur wenig Reste generiert werden usw.. Dabei ist die Wiederverwertung auch ein Thema. Der Gemeinderat geht davon aus, dass momentan eine Bioklappe bei uns nicht sinnvoll ist.

Dominique Häring wünscht Diskussion und der Rat stimmt dieser mit grossem Mehr zu.

Dominique Häring (Interpellantin): Ich danke allen für die Beantwortung meiner Fragen. GR Urs Hess sagte: „Wir schauen mal, was Frenkendorf mit dem Pilotprojekt macht und dann schauen wir weiter“. Was heisst das konkret für mich? Muss ich diese Anfrage nochmals bringen oder kommt ihr von alleine damit? Die Prävention ist ja schön und gut, aber wenn neue Leute kommen, ändern sich auch die Gewohnheiten. Sie werden nicht mehr automatisch gelebt. Gibt es da noch etwas, was man unternehmen könnte, um die Bevölkerung zu sensibilisieren?

GR Urs Hess: Wenn wir sehen, dass die Sache in Frenkendorf ein Erfolg ist, dann sind wir gerne bereit, das in Pratteln auch auszuprobieren. Dann musst du, Dominique, nicht nochmals damit kommen. Wenn die Bioklappen keinen Erfolg haben, werden wir diese nicht einführen und dann wirst du wahrscheinlich nochmals nachfragen warum. Das liegt dann in der Natur der Sache und wir werden selbstverständlich darauf antworten. Neuzuzüger erhalten eine ganze Menge an Unterlagen zu diesem Thema. Wir informieren immer wieder in den Medien oder auf der Homepage was alles abgeht in unserer Gemeinde. Die Leute sind also informiert. Eine persönliche Einführung zur Abfallentsorgung findet nicht statt und wäre auch ein wenig übertrieben.

Die Interpellation Nr. 3154 ist beantwortet.

Geschäft Nr. 3155

Beantwortung Interpellation der CVP, Dominique Häring, betreffend „Müll soweit das Auge reicht – wie soll das weitergehen?“

Aktenhinweis

- Interpellation der CVP, Dominique Häring, vom 4. April 2019

GR Urs Hess: Frage 1: *Wie gedenkt die Gemeinde Pratteln diesen Müllsündern zu begegnen?* Abfall soweit das Auge reicht, ist leicht übertrieben und ich weiss nicht, was dich dazu bewogen hat, es so zu sehen. Es gibt einzelne „Hot Spots“ wie sie leider überall zu finden sind, wo vermehrt Abfall herumliegt. Wenn wir jemanden in flagranti erwischen, kann diese Person auch sofort entsprechend verzeigt werden. Ansonsten kommt nur eine punktuelle Videoüberwachung in Frage. Das Ganze ist aber nicht so einfach. Im öffentlichen Raum darf man nicht einfach eine Videokamera aufstellen. Das wisst ihr alle selber und das unterliegt dem Datenschutz. Daher ist es nicht immer ganz einfach, diese Abfallsünder zu packen. Es geht darum, die Leute zu sensibilisieren, damit sie nicht einfach alles fallenlassen. Das fängt zu Hause schon bei den kleinen Kindern an. Ein Kaugummipapierli nimmt man in den Sack und wenn der Kaugummi nicht mehr schmeckt, lässt man ihn nicht einfach auf den Boden fallen, sondern wirft ihn mit dem Papierli in den Mistkübel. Das sollte von den Erwachsenen vorgelebt werden und ist wahrscheinlich die beste Prävention. Frage 2: *Hat die Gemeinde bereits geprüft, ob Werkshofmitarbeitenden die Kompetenz zur Verzeigung erteilt werden kann?* Werkshofmitarbeitende sind nicht dafür ausgestattet, Bussen zu erteilen. Man kann sie als Zeugen hinzuziehen, wenn sie etwas gesehen haben. Selbstverständlich sind alle Leute aufgefordert eine Anzeige zu erstatten, wenn sie entsprechendes gesehen haben. Dieses Recht obliegt jedem/r Einwohner/in und nicht nur den Werkshofmitarbeitenden. Wenn man etwas gesehen hat, kann man jederzeit den Pikettdienst der FirstChoice oder die Gemeindepolizei aufbieten. Die falsch entsorgten Abfälle werden gesichtet und falls man einen Hinweis auf die Person findet, wird diese dann auch verzeigt. Wenn die Busse nicht bezahlt wird, haben die Personen noch die Möglichkeit vor den Bussenausschuss zu treten, um ihre Sicht darzulegen. Danach gibt es entweder eine Verwarnung, die Busse wird ausgesprochen oder andere Massnahmen. Frage 3: *Hat Pratteln weitere Möglichkeiten den Müllbergen am Wochenende bzw. abends (welche übrigens auch von ausserkantonalen Besuchern verursacht werden) Herr zu werden?* Das macht mir auch ein wenig Sorgen und ich frage mich auch, was das für Leute sind, die ihren Abfall einfach liegen lassen. Sieht es bei ihnen in der Wohnung auch so aus? An den Wochenenden wird bei stark frequentierten Standorten zweimal eine Tour gemacht und der Abfall zusammen genommen. Aber aus eigener Erfahrung weiss ich, dass wenn man irgendwo aufgeräumt hat, der nächste auch schon vorbei fährt, um seinen Abfall ans Strassenbord zu legen und schon

sieht es wieder aus, als wenn nichts gemacht wurde. Das ist leider eine Sisyphusarbeit. Frage 4: Plant die Gemeinde Pratteln weitere Massnahmen wie bisher, Verursacher zu büssen? Das habe ich vorhin schon aufgezeigt. Das Polizeireglement wurde hierin behandelt und verschärft: Jetzt können auch Bussen für Littering ausgesprochen werden. Die wurde auch schon gemacht. Im Moment ist ein Schwerpunktthema, dass sich die Gemeindepolizei der Abfallsünder vermehrt annimmt, um eine bessere Ordnung anzustreben. Selbstverständlich werden auch Aktionen durchgeführt, um die Leute darauf hinzuweisen, wie und wo man den Abfall richtig entsorgt. Das Ziel sollte klar sein, dass man auch als Bürger den entsprechenden Mut aufbringt, einen Abfallsünder auf sein Vergehen hinzuweisen. Jeder sollte mithelfen, dann werden wir wieder sauber. Über das Ganze gesehen, ist unsere Gemeinde aber recht sauber. Den einzelnen „Hot Spots“ haben wir den Kampf angesagt.

Die Interpellation Nr. 3155 ist beantwortet.

Geschäft Nr. 3159

Resolution der SP-Fraktion, Fabian Thomi, betreffend „Ausrufung des Climate Emergency („Klimanotstand“)

Aktenhinweis

- Resolution der SP-Fraktion, Fabian Thomi, vom 20. März 2019

GR Stefan Löw: Der Gemeinderat ist sich klar bewusst, dass die Verabschiedung der Resolution vollumfänglich in der Hoheit des Wohnerrates liegt. In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, was Pratteln bereits für Massnahmen ergriffen hat oder welche Vorgaben vorliegen und wie wir diese umsetzen sollen. Ein ähnlicher Vorstoss wurde mit der Interpellation Nr. 3145 der SP-Fraktion, Fabian Thomi, betreffend „Kommunale Klimapolitik, Umsetzung Pariser Abkommen“ schon gemacht, welcher vom Gemeinderat auch sehr umfassend beantwortet wurde. Nachzulesen im Votesprotokoll Nr. 478 vom 28. Januar 2019. Ausserdem weise ich auf die Legislaturziele im AFP unter 10.4 hin: *„Die Gemeinde fokussiert energetische Massnahmen auf die Bereiche Gebäude, erneuerbare Energien, Mobilität und Elektrogeräte. Jede Beschaffung wird auf ihre Energieeffizienz und ihren CO2 Ausstoss geprüft und nur im Sinne der Energiestrategie 2050 des Bundes umgesetzt.“* Das hat sich der Gemeinderat unter den Legislaturzielen vorgegeben und wird das auch einhalten. Dazu finden sie im AFP 2019 – 2023 auf Seite 54 unter dem Aufgabenfeld 18 (Landschaftspflege, Umweltschutz und Energie) unter Ziel: *„Pratteln bleibt Energiestadt“* und gleich daneben unter Plan *„Umsetzung Aktions- und Massnahmenplan“*. Weiter im Aufgabenfeld 19 (Räumliche Entwicklung und Baugesuche) unter Ziel: *„Neue Bauungen sind mit bestehenden Quartieren abgestimmt und umweltverträglich.“* Jetzt werde ich noch etwas zum Energiestadtlabel erzählen. Wahrscheinlich ist der Rat nicht über alle Massnahmen informiert, welche vorgegeben sind. Die Dokumentation ist sehr umfassend und ich werde nur Einige nennen. Das Energiestadtlabel haben wir im November 2009 erhalten. Wir haben es zertifizieren lassen und damals mit 54 % erreicht. Nach vier Jahren und dem Reaudit hatten wir eine Steigerung auf 63 %, was ein ausserordentlich gutes Ergebnis war. Je weiter wir hinaufkommen, desto schwieriger wird es. Nichts desto trotz hatten wir auch im 2018 eine Zunahme und sind jetzt auf 66 %. Das heisst, wir haben zwei Drittel von 100 % erreicht. Ich lese nun einige Zitate der Energiepolitischen Zielsetzungen vor: *„Energiepolitische Zielsetzung Gemeinde Pratteln 2018 – 2021.“* Das sind die Ziele, die der Gemeinderat sich selbst vorgegeben, so zugestimmt und verab-

schiedet hat. Die folgenden Zielsetzungen konkretisieren die Legislaturziele 2017 – 2020 im Bereich Energie. Die Gemeinde Pratteln unterstützt die Zielsetzungen des Kantons Baselland (Energiegesetz) und setzt sich nach ihren Möglichkeiten ein für:

- Eine sichere, umweltgerechte, breit gefächerte und volkswirtschaftlich optimale Versorgung mit Energie;
- eine sparsame, rationelle und umweltschonende Energieverwendung;
- einen Ersatz nicht erneuerbarer Energie möglichst durch erneuerbare Energie. Das heisst für die nächsten Jahre konkret, dass - Pratteln bietet ein hochwertiges, gepflegtes und sicheres Wohnumfeld in altersdurchmischten Quartieren. Der Dorfkern als Begegnungsort ist belebt und aufgewertet;
- Pratteln verfügt mit „Salina Raurica“ über ein sehr gut erschlossenes Vorzeigequartier für Wohnen, Arbeiten und Freizeit;
- Pratteln zeichnet sich durch eine gute Anbindung im Nah- und Fernverkehr sowie durch bedarfsgerechte Mobilitätsachsen in der Gemeinde aus, welche das Potenzial neuer Technologien der intelligenten Mobilität nutzen;
- Pratteln erhält und entwickelt seinen Naherholungsraum weiter und fördert die Biodiversität unter Berücksichtigung der Interessen der Land- und Forstwirtschaft;
- Pratteln fokussiert energetische Massnahmen auf die Bereiche Gebäude, erneuerbare Energien, Mobilität und Elektrogeräte. Die Beschaffung wird auf ihre Energieeffizienz und ihren CO2 Ausstoss geprüft und im Sinne der Energiestrategie 2050 des Bundes umgesetzt;
- die Gemeinde Pratteln ihre Infrastrukturen zukunftsorientiert ausrichtet und nach hohen energetischen Standards ausführt (u.a. über laufende energetische Optimierung von Bauten und Anlagen, Neubauten / Sanierungen, Einbezug von Kriterien der Ökologie bei der Beschaffung);
- die Gemeinde Pratteln die Energieeffizienz und den Einsatz von erneuerbaren Energien fördert, z. B. mit Information/Beratung, finanzieller Unterstützung oder entsprechenden raumplanerischen Rahmenbedingungen (z. B. Quartierpläne, Verdichtung Wärmeverbund);
- die Gemeinde Pratteln die Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden, dem Kanton sowie den Energieversorgern für gemeindeüberschreitende Projekte fortführt (z.B. Salina Raurica). Die ersten fünf Formulierungen entsprechen den Legislaturzielen. Damit sollen folgende Parameter beeinflusst werden:
- Die Anteile von erneuerbarer Wärme und Strom steigen sowohl bei den Anlagen der Gemeinde Pratteln als auch auf dem gesamten Gemeindegebiet;
- Der Gesamtenergieverbrauch der Gemeinde Pratteln wird stabilisiert (mit Ausnahme der grossen Gebietsentwicklungen wie Salina Raurica);
- Energetische Verbesserung der Gebäude der Gemeinde Pratteln entsprechend Sanierungskonzept und GEAK-Analysen;
- Der Anteil des motorisierten Individualverkehrs am gesamten Verkehrsaufkommen nimmt ab. Die Wohn- und Lebensqualität sowie die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer nehmen zu.

Ausserdem machen wir verschiedene Aktionen und haben verschiedene Prospekte zum Thema (z. B. Energiestadt, ein Label verpflichtet). Wir sprechen auch Energieförderungsbeiträge aus. Wie man diese erhält ist einerseits im Prospekt und andererseits auf der Homepage ersichtlich. Wir streben die 2000-Watt-Gesellschaft an, entsprechend den Vorgaben bei den Quartierentwicklungen und in den Quartierplänen. Die Zertifizierungsvorgaben kann man unter dem Geschäft Nr. 2947 (Zonenvorschriften Siedlung Mutation Salina Raurica) nachlesen. Wir unterstützen nach Möglichkeit die Wärmeverbunde. Weitere Grundlagen sind für den Gemeinderat ganz klar das Pariser Abkommen, welches die CO2-Gesetze und der Energiestrategie 2050 folgt. Der Gemeinderat ist sich der Verantwortung bezüglich des Klimawandels sehr bewusst und handelt auch dementsprechend. Dies ist in einem sehr grossen und starken Spannungsfeld zu bewerkstelligen und wir suchen jeweils die bestmöglichen Lösungen, um der Problematik gerecht zu werden. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass genügend orientierende Angaben vorliegen. Wie der Rat nun mit der Resolution umgehen will, überlassen wir ihnen. Der Gemeinderat will grundsätzlich darauf keinen Einfluss nehmen.

Fabian Thomi (Initiant): Ich danke GR Stefan Löw für die Beantwortung der Fragen, welche eigentlich niemand gestellt hat. Aufgrund seiner langen Rede gehe ich aber davon aus, dass ihm dieses Thema sehr wichtig ist und er darum für eine Priorisierung dieses Themas und der Zustimmung dieser Resolution ist. Ich hoffe nicht, dass ich dem Rat gross erklären muss, warum Schülerinnen und Schüler seit Monaten immer wieder an Freitagen unter dem Motto „Fridays for future“ streiken und demonstrieren. Was jetzt gerade passiert, ist historisch. Es sind Stimmen von jungen Menschen, welche politisch noch gar nichts oder nicht viel zu sagen haben, aber am längsten von uns allen noch auf diesem Planeten leben werden. Ihre Ängste und Sorgen um die Zukunft der Erde basieren auf wissenschaftlichen Erkenntnissen. Direkt verändern wird die Resolution selber nicht viel. Es ist aber ein wichtiges Zeichen, eine Priorisierung vom Thema Klima und ein Startschuss für verändernde Vorstösse. Nachdem Basel und vor einer Woche auch Zürich der Resolution zugestimmt haben, hat sie unser bürgerlicher Landrat leider versenkt. Setzen wir also wenigstens als Gemeinde ein „Statement“ und werden unserem Namen als Energiestadt gerecht. Geben wir diesen jungen Menschen eine Stimme und zeigen, dass wir sie wahrnehmen. In diesem Sinne bitte ich den Rat um Zustimmung meiner Resolution. Danke.

Andreas Seiler: Wir diskutieren heute über einen symbolischen Klimanotstand. So steht es in der Fussnote auf Seite 2 der Vorlage. Die FDP Schweiz hat sich auch intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt und unter anderem eine Mitglieder-Umfrage durchgeführt. Dabei kam heraus, dass Klimawandel und Umwelt ein wichtiges Thema ist, wobei auch Handlungsbedarf besteht. Es ist aber nicht das einzige Thema. Ebenfalls sind Gesundheitskosten, die Altersvorsorge und die Beziehung zu Europa als noch wichtigere Themen genannt worden. Eine grosse Mehrheit unserer Mitglieder anerkennt den Klimawandel und den Einfluss des Menschen darauf. Aber entgegen der Einleitung beim Resolutionstext auf Seite 1 sind wir der Meinung, dass die Eigenverantwortung durchaus einen grossen Stellenwert haben muss. Das erfordert natürlich Transparenz von Produkten und Kostenwahrheit und keine Marktverzerrungen. Die vorliegende Resolution ist ein geschicktes Politmarketing. Gratulation an die SP. Aber der Inhalt ist schwammig und sagt fast nichts aus. Beim 1. Punkt „*Höchste Priorität*“: Was heisst höchste Priorität? Ist das die absolut höchste oder gibt es andere Themen, die auch höchste Priorität haben? Nach unseren Mitgliedern gibt es eben Sachen, die genauso wichtig oder noch wichtiger sind. Beim zweiten Punkt steht die Formulierung „*wenn immer möglich*“. Man kann immer sagen, dass es möglich ist oder nicht. Die Frage ist, gibt es denn von der SP konkrete Ideen, welche ökologisch, gesellschaftlich und ökonomisch nachhaltig sind? Ich glaube nicht, dass ein autofreier Sonntag bei allen drei Kriterien wirklich nachhaltig ist. Beim dritten Punkt geht es um die Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC). Dort heisst es: „...*orientiert sich*“. Was heisst orientieren? Ich kann mich an einem Punkt orientieren und dann auf die andere Seite laufen. Das ist auch orientiert, sagt aber auch hier nichts aus. Ich erwähne noch, dass auch im übergeordneten kantonalen Energiegesetz diverse energiepolitische Ziele festgehalten sind, unter anderem die Reduktion des Verbrauchs von importierter, nicht erneuerbarer Energie. GR Stefan Löw hat bereits über die Legislaturziele der Gemeinde berichtet und über das Label der Energiestadt Pratteln. Die FDP-Fraktion stimmt dieser Resolution so nicht zu, weil sie nicht wirklich einen Inhalt hat. Wir wissen nicht, was dann eigentlich die Folgen wären bzw. es ist eben schwammig. Wenn schon, dann müssten solche Sachen in den Legislaturzielen abgebildet werden. Die Entwicklungskommission müsste dann darüber diskutieren, welche Formulierung nehmen wir wie auf. Für das haben wir die Entwicklungskommission und der Verfasser dieser Resolution ist ja dort Mitglied. Aus diesem Grund bitten wir den Rat, der Resolution in dieser Form nicht zuzustimmen, weil sie keinen Mehrwert bringt. Wir sind aber gerne bereit, über konkrete Massnahmen zu diskutieren.

Marc Bürgi: Die Resultate vom „Club of Rome“ sind uns schon lange bekannt. Die globale Erwärmung und die Problematik, bei der das CO₂ eine Rolle spielt, ist ein unwiderlegbarer Fakt. Als vernünftige bürgerliche Partei hat die BDP bereits schon im Jahr 2013 als erste bürgerliche Partei den wirtschaftlichen Ausstieg aus der Kernenergie beschlos-

sen. Mit Symbolpolitik lösen wir die Umweltprobleme und die nachhaltige Energieerzeugung nicht. Paul Burger, Nachhaltigkeitsforscher an der Uni Basel, sagte: „*Katastrophismus bringt uns nicht weiter:*“ In allen Wirtschafts- und Lebensbereichen sind zügig Fortschritte zu einer nachhaltigen Entwicklung zu realisieren. Der BDP und auch für mich persönlich bedeutet das, Abfall so gut wie möglich zu vermeiden, Abfall so oft wie möglich zu trennen und zu recyceln und bevorzugt, auch wenn es ein Kostenpunkt ist, möglichst saisonale und biologisch hergestellte Lebensmittel zu konsumieren. Es braucht jetzt ein Umdenken und eine Lösung, aber das erreichen wir nicht mit Symbolpolitik und auch nicht mit Hysterie. Es braucht Vernunft und keine Ideologie, es braucht Aufklärung und keine Bürokratie. Diese Resolution bringt uns leider nur Bürokratie. Falls wir diese Resolution annehmen, müssen wir entscheiden, welche Geschäfte dringend sind oder nicht oder noch dringender sind und nicht das, was richtig und wichtig ist für die Energiestadt Pratteln. Ich empfehle dem Einwohnerrat eine Teilnahme an den Wenkenhofgesprächen am 23. und 24. Mai 2019 in Riehen und gleichzeitig auch einen vernünftigen Entscheid bezüglich dieser Resolution und sie heute abzulehnen.

Simone Schaub: Auch die SVP-Fraktion hat diese Resolution relativ lange diskutiert. Ich bin mit meinen letzten beiden Vorrednern ziemlich einig. Diese Resolution widerspricht sich. Im letzten Satz steht, sie ist symbolisch zu verstehen. Auf der anderen Seite ist sie aber von uns aus gesehen eine Legitimierung für alle nachkommenden Anträge, dass alles, was nur ansatzweise mit dem Klima zu tun hat, höchste Priorität zu haben hat. Jeder Einzelne kann und soll auch zum Klimaschutz beitragen. Es ist immer einfach, die Verantwortung jemand anderem zu übergeben. In diesem Fall an unseren Gemeinderat. Jeder Prattler ist für seinen eigenen ökologischen Fussabdruck selber verantwortlich und soll diese Verantwortung bitte auch übernehmen. Das heisst aber auch, ein Stück weit zu verzichten; z. B. weniger heizen, weniger Strom zu verbrauchen und viel bewusster zu konsumieren. Regional und vor allem saisonal einzukaufen ist heutzutage leider nicht mehr normal. Wenn der Konsument die Erdbeeren bereits im März kaufen will, dann bietet sie der Detailhandel leider auch an. Es ist ganz einfach: Wenn es keine Nachfrage gibt, gibt es auch kein Angebot. Wir sind ein reiches Land und können es uns anscheinend leisten, tonnenweise noch einwandfreie Ware einfach in den Abfall zu werfen. Und wieso? Weil auf der Verpackung ein Datum steht. Vielleicht wissen einfach viele Leute nicht, dass das Joghurt ja gar nicht weiss, dass es nicht mehr gut sein darf. Aber ansetzen kann man bei diesem leidigen Thema Mindesthaltbarkeitsdatum nicht kommunal. Das ist ein europäisches wenn nicht sogar ein globales Problem. Das Problem wurde gerade durch die Bürokraten, die Politik und den sogenannten Verbraucherschutz geschaffen. Das ist nur ein Beispiel, dass diese Resolution auf der kommunalen Ebene gar keinen Sinn macht. Jeder einzelne Prattler Bürger soll verantwortungsbewusst mit den Ressourcen umgehen. Die SVP-Fraktion wird die Resolution in dieser Form nicht unterstützen sondern setzt auf die Eigenverantwortung der Prattler Einwohner. Abschliessend noch eine persönliche Bemerkung: Ich hoffe, dass diejenigen, welche diese Resolution unterstützen, nicht nur mit dem Velo herumfahren und auf das böse Auto verzichten, sondern mindestens auch Vegetarier sind. Ein Fleischverzicht würde den Fussabdruck auch verbessern.

Petra Ramseier: Die Unabhängigen und Grünen unterstützen diese Resolution. Es wurde schon sehr viel gesagt. Das Wichtigste an dieser Resolution ist für uns die Anerkennung, was die jungen Menschen jeden Freitag für das Klima und ihre Zukunft leisten. Ein Ergebnis, welches die Resolution hierin schon gebracht hat, ist, dass jede Partei gesagt hat, ja wir haben einen Klimanotstand, wir haben ein Problem und ja wir wollen etwas machen. Ich glaube, der Zweck hat sie schon erfüllt und über das bin ich sehr froh. Was ich wichtig fände, dass die Gemeinde als öffentliche Körperschaft das Problem anerkennt, dazu steht und etwas dagegen unternimmt. Das würde alle im Privaten extrem motivieren, noch mehr zu machen und sich mehr zu überlegen. Das wäre ein anderer Aspekt dieser Resolution. Im Detail könnten wir über jeden Satz streiten, das macht nichts und ist einfach so. Ich habe jetzt gehört, was jeder Einzelne zuhause machen kann: Weniger Fleisch essen, Abfall trennen, weniger heizen, mehr Strom sparen, weni-

ger Auto fahren. Wir wissen ein paar Rezepte, aber das Problem ist eigentlich noch grösser und wir müssen noch grössere Lösungen finden. Die Anerkennung, dass man etwas machen muss, ist sicher ein erster Schritt. Der zweite Schritt wäre, Massnahmen zu ergreifen, die die Erwärmung wirklich stoppen und der dritte Schritt auch Massnahmen zu ergreifen, welche die schon bestehende Erwärmung mildern. Die Gemeinde hat dafür sicher Mittel zur Verfügung und wir schlagen mal als erstes vor, auch im AFP ein Kapitel Klimaschutz zu machen. Dann kann man die Massnahmen bündeln, kontrollieren und weiterentwickeln. Wir stimmen der Resolution zu. Das ist ein erster Schritt und danach geht es weiter.

Mauro Pavan: Ich höre hierin Begriffe wie Symbolpolitik und Hysterie. Darum fühle ich mich genötigt, das Einwohnerratsreglement wieder einmal hervorzunehmen und zu zitieren, was eine Resolution eigentlich ist: *„Resolutionsbegehren sind Anträge, die eine Meinungsäusserung des Einwohnerrates zu wichtigen Ereignissen bezwecken.“* Genau das verstehe ich unter der Resolution von Fabian Thomi, nicht mehr und nicht weniger. Ich nehme daher ein bisschen mit Befremden die ausschweifenden Ausführungen von GR Stefan Löw zur Kenntnis, rein auf das Quantitative bezogen. Inhaltlich freue ich mich natürlich darüber, dass diese Resolution wenigstens beim Gemeinderat offenbar offene Türen einrennt. Ich höre, was die Gemeinde Pratteln bereits schon alles macht. Wir haben ein Energiestadtlabel, d. h. eigentlich könnten wir problemlos dieser Resolution zustimmen. Eine Resolution ist ein Zeichen gegen aussen - ein „Statement“. Das fängt genau dort bei der Eigenverantwortung an. Zu jedem einzelnen Prattler Einwohner zähle ich auch uns 40 Einwohnerräte. Wenn nicht wir, wer dann soll mit guten Beispiel vorangehen? Und wir fangen bei unseren eigenen Geschäften an, das zur Priorität zu machen und das „Statement“ nach aussen abzugeben. Bei einzelnen Punkten bin ich gleicher Meinung wie meine Vorredner: Ich bin einig mit Simone Schaub, dass „mindestens haltbar bis“ nicht „sofort tödlich ab“ heisst. Das können wir nicht mit einer Resolution oder einem anderen Vorstoss auf kommunaler Ebene lösen. Aber wir können andere Sachen auf kommunaler Ebene angehen. Wir können schauen, dass wir bei Quartierplänen und Bauvorhaben das Klima an erster Stelle setzen und darauf achten, vor der eigenen Türe zu kehren. Und dass wir bei uns selber anfangen. Genau das ist eine Resolution. Darum bitte ich den Rat, dieser zuzustimmen.

Christoph Pfirter: Vorher wurde zweimal gesagt, dass die Jungen jeden Freitag auf der Strasse demonstrieren, weil sie etwas für ihre Zukunft machen wollen. Wenn wir weniger CO²-Ausstoss haben und ökologisch leben wollen, dann muss es wehtun. Das tut auch weh und wir werden auf vieles verzichten. Aber die Jungen verzichten nicht mal auf ihre Freizeit, sie gehen an einem Freitag, wo sie sonst in die Schule gehen müssten. Das ist der erste Punkt, der mich stört an diesen Demonstrationen. Sie wollen auf nichts verzichten, sie fordern etwas. Einige Male wurde auch die Eigenverantwortung angesprochen. Es liegt wirklich viel daran und jeder muss etwas machen. Es ist immer einfach und klingt gut, dass wir im Parlament etwas gemacht haben und dem Gemeinderat eine Aufgabe geben, aber ich habe einen ganz anderen Vorschlag, damit es uns allen weh tut: Wir verzichten dieses Jahr auf die Ferien und zwar alle. Wir gehen weder mit dem Auto, noch dem Zug, noch mit dem Flugzeug. Der Zug fährt zwar mit Strom, aber den könnten wir für etwas Anderes brauchen bzw. muss gar nicht erst produziert werden. Dann würden wir zu etwas stehen und sagen, jetzt tut es uns weh. Diejenigen, welche nicht wissen, was sie im Sommer machen wollen, könnten einen Kirschbaum der Bürgergemeinde nehmen und würden die Hochstämme unterstützen. Dann wäre dieses Problem gelöst. Diejenigen, die im Winter in die Ferien gehen würden und nicht wüssten, was sie unternehmen sollen, könnten helfen, die Äste zusammenzulesen. Dann hätten wir für alles etwas gemacht.

Fabian Thomi: Ich finde es toll, was schon für Ideen vorhanden sind und freue mich auf die kommenden Vorstösse, die hoffentlich prioritär behandelt werden. Bei der Aussage von Andreas Seiler verstehe ich nicht, was die Beziehung zu Europa hier in der kommunalen Politik zu suchen hat. Was wir da gross zu sagen hätten? Vielleicht hast du da

andere Ideen. Zu den konkreten Ideen, die hier fehlen und nicht auf der Resolution genannt sind: Es ist ein Symbol, ein Zeichen, welches zum Umdenken anregen soll. Gerade heute habe ich drei neue Vorstösse eingereicht und bin gespannt, wie es weitergeht und hoffe, auf eure Unterstützung zählen zu können. Die demonstrierenden Jungen verzichten sehr wohl auf etwas, nämlich auf Bildung. Bildung ist wichtig. Zudem hat es schon Demonstrationen an Samstagen gegeben, welche auch von vielen Leuten besucht wurden. Zur Frage von Simone Schaub: Ich bin Vegetarier.

Eva Keller: Ich habe den Doktor Google gefragt und herausgefunden, was unter „Klimanotstandserklärung“ steht. Das finde ich wichtig und möchte es dem Rat nicht vorenthalten: *„Die Erklärung des Klimanotstandes ist ein Beschluss vom Parlament, mit dem sie feststellt, dass es eine menschengemachte globale Erwärmung, sprich Klimawandel, gibt und dass die bisher ergriffenen Massnahmen nicht ausreichen, diese zu begrenzen. Mit dem Beschluss werden Regierung und Verwaltung beauftragt, Massnahmen auszuarbeiten, die über den derzeitigen Stand hinausgehen und versprechen, die menschengemachte globale Erwärmung aufzuhalten.“* Also, wir sind uns doch alle einig, darum kann ich nicht verstehen, warum wir diese Resolution nicht annehmen können.

Urs Schneider: Der bürgerlich dominierte Landrat, wie es vorhin hiess, hat diese Resolution abgelehnt. Im Moment habe ich gerade ein „Déjà-vu“. Im Landrat haben wir ca. 500 Stunden über dieses Thema diskutiert und damit Kosten von Sitzungsgelder zwischen CHF 25 bis 30 Tausend generiert. Wir sind jetzt bereits wieder seit ca. 35 bis 40 Minuten daran und es wird sicher nochmals eine halbe Stunde dauern. Wir haben nie gesagt, dass ein Klimanotstand besteht, wir sprechen von einem Klimawandel und der ist unbestritten. Der Klimawandel findet schon seit Jahrhunderten statt, manchmal in die eine und manchmal in die andere Richtung. Im ewigen Eis findet man bei Bohrungen, dass wir schon vor hunderttausend oder Millionen Jahren hohe CO²-Ausstösse hatten und das Klima damals schon nachhaltig verändert wurde. Wenn wir von einem Klimanotstand sprechen - und das bezweifle ich, denn wir haben einen Klimawandel - dann würden wir alle nach Hause gehen, nicht nur die linke Ratshälfte sondern auch die rechte, und würden unsere Heizung, welche noch nicht abgeschrieben ist, herausreissen und sie ersetzen; die Fenster, welche noch gut sind, durch eine Dreifach-Verglasung austauschen; den Rasen im Garten in eine Magerwiese umwandeln; einen Baum im Garten pflanzen, obwohl wir nicht unbedingt einen Baum im Garten wollen; keine Lebensmittel mehr einkaufen, welche mit dem Schiff oder Flugzeug hierhergebracht wurden usw. Und das auch bei Verwandten und Bekannten. Das ist der Weg. Ich glaube nicht, dass wir mit dieser Resolution etwas bezwecken können. Natürlich können wir sie unterstützen, um unser Gewissen ein bisschen zu beruhigen. Wir können das bei jedem einzelnen Vorstoss berücksichtigen, bei jedem Quartierplan eine Flachdachbegrünung wollen und Bäume ringsherum. Man kann auch bei eigenen Gebäuden mit Solaranlagen weiterfahren. Wir sind bereits dabei, etwas zu machen. GR Stefan Löw hat es vorhin erwähnt. Dazu kommt, dass wir im Kanton Baselland eines der schärfsten Energiegesetze in der ganzen Schweiz haben und das greift. Wenn ich eine neue Heizung einbauen will, muss davon 20 % in erneuerbare Energie verbaut werden. Das ist auch richtig und das greift und das machen wir. Aber wir können das Rad nicht umdrehen und von hinten das Ross aufzäumen. Die SVP-Fraktion wird diese Resolution nicht unterstützen.

Benedikt Schmidt: Ich möchte über einen Aspekt reden, welcher noch nicht wirklich zur Rede kam. Wir haben viele Menüpläne und Vorschläge erhalten, wo wir in die Ferien gehen sollen. Mit dem Klimanotstand und dem Klimawandel, welcher aktuell stattfindet, ist es völlig egal, was seinerzeit mit den Dinosauriern passiert ist. Nur der jetzige Klimawandel ist für uns relevant. Dieser Klimawandel hat Konsequenzen für unser Leben und genau wegen diesen wäre es jetzt sinnvoll, Massnahmen zu ergreifen, um diese abzufedern. Wenn wir in Zukunft mehr Trockenheit haben, müssen wir uns überlegen, was wir mit dem Wasser machen. Der Förster macht sich Gedanken zum Wald und auch die Bauern müssen sich überlegen, woher sie das Wasser für ihre Felder in Zukunft nehmen. Wenn wir also einerseits trockene Zeiten haben und andererseits dafür wieder

starke Niederschläge, müssen wir überlegen, wie wir mit Wasser umgehen. Es sind genau diese Massnahmen und Vorbereitungen, wie man die Konsequenzen abmildern kann. Das ist meiner Meinung nach auch ein wichtiges Argument, um diese Resolution zu unterstützen.

Mauro Pavan: Wenn wir dieser Resolution einfach zustimmen würden, müssten wir definitiv nicht stundenlang darüber diskutieren. Ich glaube, das liegt nicht nur an uns. Der Einwohnerrat in Liestal hat auch eine bürgerliche Mehrheit und hat es geschafft, einer ähnlichen Resolution zuzustimmen. Es geht darum, ein Bekenntnis abzugeben und es geht darum, uns selber zu verpflichten. Einige im Rat versuchen dies mit fadenscheinigen Argumenten zu vermeiden. Ich weiss auch nicht genau warum. Habt ihr Angst, später zu eurem Wort stehen zu müssen? Ihr macht genau das, was ihr uns vorwerft. Ihr versucht, die Verantwortung abzugeben an jeden Einzelnen, an Europa, auf die nationale Ebene. Wir können doch hier bei uns in Pratteln anfangen, Massnahmen zu ergreifen und dazu stehen, uns dazu bekennen und uns auch daran halten.

Es sind nun 36 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 19, das 2/3-Mehr 24 Stimmen

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 19 Nein zu 17 Ja (die Zweidrittelmehrheit beträgt 24):

://: Die Resolution ist nicht zustande gekommen.

Geschäft Nr. 3160

Beantwortung Interpellation der SVP-Fraktion, Christian Schäublin, betreffend „Waidmanns-Unheil – dritter Streich: Gemeinderat verfährt sich im Jagd-Vergabeverfahren“

Aktenhinweis

- Interpellation der SVP-Fraktion, Christian Schäublin, vom 25. März 2019

Im Ausstand GR Emanuel Trueb

GR Christine Gogel: Frage 1: Weshalb wurde durch den Gemeinderat ein derart aufwändiges und kostspieliges Verfahren (Mediation, mehrere Stellungnahmen, etc.) durchgeführt, um schliesslich doch immer einseitig zugunsten der JG Schauenburg zu entscheiden - obwohl die Faktenlage und die Beurteilung alles andere als eindeutig war und keine Beanstandungen und Verfehlungen gegen den JV Pratteln vorlagen? Bis zur Ausschreibung der Jagdpacht für die Periode 2016 - 2024 war der Jagdverein Pratteln jeweils alleiniger Bewerber. Im Jahre 2016 bewarb sich dann erstmals zusätzlich die Jagdgesellschaft Schauenburg. Bewerben sich zwei Parteien um die Jagdpacht, so hat der Gemeinderat ein formelles Verfahren durchzuführen. Der Gemeinderat ist stets bemüht bei bestehenden Interessenkonflikten für eine einvernehmliche Lösung Hand zu bieten und hatte daher die Hoffnung, dass die beiden Vereine sich mithilfe eines Mediators einigen würden und die Jagd gemeinsam ausüben würden. Leider wurde der Gemeinderat in dieser Hoffnung enttäuscht. Das Kantonsgericht kritisierte, dass eine ledig-

lich mündliche Anhörung der Vereine den Anforderungen an die Gewährung des rechtlichen Gehörs nicht ausreiche. Die Verfügung wurde also aus formellen Gründen aufgehoben. Der Gemeinderat hat im aktuellen Verfahren daher die Vereine um schriftliche Stellungnahmen zu sämtlichen Eingaben der Mitbewerbenden gebeten. In materieller Hinsicht, d.h. in der Sache selbst, äusserte sich das Kantonsgericht nicht. Das Jagdgesetz legt vor, nach welchen Kriterien der Gemeinderat die Bewerbungen prüfen muss; der Gemeinderat hat diese Kriterien sorgfältig geprüft und unter Einbezug aller relevanten Informationen entschieden. Leider liegt es in der Natur eines Bewerbungsverfahrens, dass schliesslich eine Partei enttäuscht werden muss. Auch in den Gemeinden Aesch, Nussdorf und Seltisberg haben die nicht berücksichtigten Bewerber Beschwerde geführt.

Frage 2: *Weshalb wurden die Ausführungen und Empfehlungen des Kantonsgerichts nicht umgesetzt?* Ich verweise auf die vorherige Antwort: Die formellen Erwägungen des Gerichtes wurden umgesetzt. Frage 3: *Weshalb hat der Gemeinderat die schriftlichen Fragen des JV Pratteln nicht beantwortet und nicht das Gespräch mit allen gesucht, obwohl dies mehrmals vom JV Pratteln ausdrücklich gewünscht wurde? Weshalb hat er sich nicht wirklich für eine einvernehmliche und gute Lösung für alle eingesetzt? Weshalb wurden die schriftlichen Fragen nicht beantwortet und ist der Gemeinderat nicht auf die angebotene Lösungsbereitschaft des JV Pratteln eingegangen?* Es haben Gespräche mit allen Beteiligten stattgefunden und die Lösungsvorschläge beider Vereine wurden entgegengenommen. Die beiden Vereine haben – auf Einladung des Gemeinderates – an einer Mediation teilgenommen. Der Gemeinderat hat sich also mehrfach um eine Einigung zwischen den Parteien bemüht. Leider konnte keine gemeinsame Kompromisslösung erzielt werden. Bekanntlich wurde auch gegen die dritte Vergabe der Jagdpacht Beschwerde eingereicht. Dieses Verfahren ist noch nicht abgeschlossen. Zu den Eingaben der Parteien in diesem hängigen Verfahren kann der Gemeinderat keine detaillierten Angaben machen. Aus Gründen der Verfahrensökonomie hat der Gemeinderat den Schriftenwechsel abgeschlossen, nachdem alle für das Vergabeverfahren wesentliche Tatsachen bekannt waren. Frage 4: *Ist der Gemeinderat der Meinung, er hätte das Verfahren ordnungsgemäss, adäquat und fair durchgeführt? Liegt es nicht nahe, das aufwändige Verfahren von Anfang an als einseitig, tendenziös und parteiisch zu bezeichnen? Anders formuliert: Hatte der JV Pratteln bisher überhaupt je eine reale Chance die Pacht noch zu erhalten?* Beide Jagdvereine hatten die gleiche Chance die Jagdpacht zu erhalten. Frage 5: *Ist sich der Gemeinderat bewusst, dass drei Mitglieder der JG Schauenburg früher im JV Pratteln waren und dass Mitglieder des JV Pratteln durch die JG Schauenburg bedrängt (was zu Austritten aus dem JV Pratteln geführt hat) sowie der JV Pratteln böswillig schlecht geredet wurde (was schriftlich belegt ist)? Ist sich der GR bewusst, dass er das teilweise intrigante Spiel der JG Schauenburg so mitträgt?* Dem Gemeinderat sind gegenseitige Anschuldigungen beider Jagdvereine bekannt. Die persönlichen Differenzen der Jagdvereine waren jedoch für den Gemeinderat bei der Jagdvergabe unerheblich. Frage 6: *Weshalb wurden Referenzen eingeholt, die schliesslich dann doch nicht relevant für die Beurteilung waren?* Der Gemeinderat kann zum laufenden Verfahren keine Auskunft geben. Er kann hier aber an die vorherige Frage anknüpfen: Im Wissen um das Bestehen von persönlichen Differenzen und weil Referenzauskünfte wenig auf überprüfbaren Tatsachen basieren, bestand in diesem Punkt grosse Vorsicht. Frage 7: *Mussten externe Juristen beigezogen werden? Weshalb?* Zur Unterstützung im Prozess hat sich der Gemeinderat von einer externen und neutralen Fachperson beraten lassen; damit wollte er nochmals unterstreichen, dass die Vergabe objektiv durchgeführt wurde. Wir haben dies auch schon in anderen Fällen gemacht und wollten damit sicherstellen, nicht nochmals einen Formfehler zu machen. Frage 8: *Ist sich der Gemeinderat sich bewusst, dass die jahrzehntelange gute Jagdarbeit des JV Pratteln mit diesem Verfahren abgewertet wurde und der Ruf eines alten Prattler Vereins nachhaltig in der Gemeinde und in Jagdkreisen beschädigt wurde?* Der Gemeinderat dankt dem Jagdverein Pratteln für die jahrzehntelange Jagdarbeit. Es ist uns aber nicht bekannt, dass und wie die Vergabe an einen Mitbewerber die Verdienste des Jagdvereins Pratteln hätten schmälern sollen. Wie bereits eingangs ausgeführt wurde, musste der Gemeinderat ein ordentliches Vergabeverfahren einleiten. Der Gemeinderat hat sich zu keiner Zeit in der Öffentlichkeit negativ über den Jagdverein Pratteln geäussert. Frage 9:

Ist der GR bereit, die Verantwortung für dieses zweifelhafte Verfahren sowie für die daraus entstandenen Verzögerungen und Kosten zu übernehmen? Die ordnungsgemässe Durchführung eines Vergabeverfahrens braucht Zeit. Die Verletzung des rechtlichen Gehörs in vorherigen Verfahren wird anerkannt und bedauert. Im aktuellen Verfahren wurden sämtliche Vorgaben eingehalten. Frage 10: Ist der Gemeinderat bereit, die letzte Verfügung zurückzunehmen und noch einmal das gemeinsame Gespräch mit allen Beteiligten zu führen um eine faire Lösung zu finden? Der Gemeinderat hat beide Parteien zu einer Mediation eingeladen, um eine gemeinsame Lösung zu erarbeiten. Leider konnte kein Ergebnis vorgelegt werden. Der Gemeinderat musste also erneut verfügen. Jetzt gilt es, den Ausgang des Verfahrens abzuwarten.

Christian Schäublin wünscht Diskussion und der Rat stimmt dieser mit 17 Ja zu 15 Nein bei 4 Enthaltungen zu.

Christian Schäublin (Interpellant): Ich bin überrascht über die knappe Diskussionszustimmung, aber das sagt schon ein bisschen etwas über das ganze Verfahren aus und dass „hier etwas ein bisschen faul ist im „Staate Dänemark“. Trotzdem danke ich GR Christine Gogel für die Beantwortung der Fragen. Aus unserer Sicht sind nicht alle Fragen vollständig beantwortet. Die Fragen sind kritisch und teilweise sogar heikel, das war uns bewusst. Sicher ist es auch ein Stück weit Aussage gegen Aussage. Der dreijährige Kampf, mit aus unserer Sicht ungleichen Gegnern, man kann sagen das „Game of Hunting“, lehnt sich an die Fernsehserie „Games of Thrones“ an, bei welcher jetzt das Finale stattfindet, während bei unserer Geschichte um die Jagdvergabe das Ende noch nicht geschrieben steht, obwohl der Jagdverein in letzter Zeit quasi mehrmals beim Regierungsrat oder Kantonsgericht gewonnen hat. Die Verfügung musste rückgängig gemacht werden. Trotzdem haben sie immer verloren. Ich stehe nicht so gerne hier und hätte lieber eine andere Lösung gehabt. Das ganze Vergabetheater mit diesen ungleichen Gegnern zwingt einen dazu. Aus unserer Sicht ist nicht alles mit rechten Dingen zu- und hergegangen und vor allem auf Kosten eines traditionellen Jagdvereins. Wir sind klar der Meinung, dass der Gemeinderat für dieses Verfahren die Verantwortung tragen muss. Das Verfahren war einseitig und unfair. Der Gemeinderat hat sich von seinem Mitglied, welches in der Jagdgesellschaft Schauenburg ist, vereinnahmen lassen. Die Mehrheit des Gemeinderats ist ihm gefolgt und hat sich zu einem Gefälligkeitsentscheid leiten lassen. Der Entscheid wurde immer zugunsten der Jagdgesellschaft Schauenburg durchgedrückt. Juristisch spricht diese Sachlage eher für die Gemeinde bzw. juristisch kommt man hier nicht weiter. Darum stehen wir nach über drei Jahren wieder hier. Kompromissbereitschaft und Verständnis für die Lage des Jagdvereins Pratteln hat der Gemeinderat wenig bewiesen, weil er die Jagd immer wieder an die andere Gesellschaft vergeben hat. Während der bisherige Jagdverein mit erfahrenen und ausgewiesenen Jägern immer wieder sein Können und seine Erfahrungen rechtfertigen musste. Wir halten an unseren Feststellungen und Behauptungen fest und sagen, dass diese nicht aus der Luft gegriffen sind. Einige Punkte wurden mittlerweile schriftlich festgehalten. Wie GR Christine Gogel erwähnt hat, ist das Verfahren immer noch am Laufen. Eine Beschwerde ist beim Regierungsrat hängig. Sollte das jemals abgeschlossen werden, so möchte ich jetzt schon die Geschäftsprüfungskommission bitten, sich diesem Thema anzunehmen und das Verfahren genauer anzuschauen. An dieser Stelle nochmals: Ohne eigentliche Not wurde einem traditionellen Verein, welcher bisher funktioniert hat, die Existenzgrundlage entzogen. Das kommt nicht so oft vor. GR Christine Gogel hat bestätigt, dass man nichts nachweisen oder diesem Jagdverein zur Last legen kann. Trotzdem hat es aus unserer Sicht auch einen Reputationsschaden gegeben, mit welchem der Verein zu kämpfen hat und um seine Existenz bangen muss. Ich danke für die Kenntnisnahme.

Eva Keller: Mit Erstaunen habe ich aus der Presse erfahren, dass das Jagd-Hickhack immer noch aktuell ist. Und jetzt liegt auch noch diese Interpellation im Einwohnerrat. Tatsächlich ein dritter Streich wie bei Max und Moritz. Wer diese Geschichte kennt, weiss, dass sie nicht gut ausgeht. Wir haben von GR Christine Gogel die Ausführungen zum laufenden Verfahren gehört. Die SP-Fraktion und ich haben sich zu dieser Angelegenheit allgemeine Gedanken gemacht. Ich gebe zu bedenken, dass wir bereits an der Einwohnerratssitzung vom 1. Februar 2016 darüber beraten haben und das sogar mit Dringlichkeit. Laut Duden ist Dringlichkeit die Notwendigkeit, kurzfristig zu handeln. Mittlerweile muss der Gemeinderat seit drei Jahren und drei Monaten kurzfristig handeln. Was um Gottes Willen war damals so dringlich? Mit diesen drei Streichen sprich Beschwerden wird die Jagdpachtvergabe behindert. „Vetterliwirtschaft im Gemeinderat“ erachten wir als reine Polemik. Die Vergabe wurde jetzt schon zweimal an die JG Schauenburg vergeben und das notabene vom alten und neuen Gemeinderat. Dieser Entscheid kann so falsch nicht gewesen sein. Ich kann mir vorstellen, dass es enorm weh tut, nach 40 Jahren Hege und Pflege eines Reviers den Zuschlag zu verlieren. Aber hier spielt der Markt, das ist Business und hat nicht mit Tradition zu tun. Damit müssen wir alle in unserer durchökonomisierten Welt leben. Das wissen auch bestimmt alle KMU-Inhaber. Ist es nicht sogar ein bisschen so, dass gestandene Männer ihre Unstimmigkeiten und Streitigkeiten auf Kosten des Gemeinderates und des Jagdreviers austragen? Wenn ich lese, dass es primär um die Reputation des Jagdvereins Pratteln geht, dann befürchte ich, dass sich die Partei Jagdverein selbst nicht gut tut mit diesen dauernden Beschwerden. Was man eigentlich ja uns Linken vorwirft, als Verhinderungspolitik oder Steuergeldverschwender. Ich bin erstaunt, dass langjährige Jäger - ich gehe davon aus, dass keine Jägerin dabei ist - denen das Revier Pratteln bestimmt am Herzen liegt, es nicht einfach mal gut sein lassen können und die laufende Beschwerde zurückziehen. Warum kann die eigene Befindlichkeit nicht über die gute Sache, sprich sinnvolle Jagdpachtvergabe, gestellt werden? Grösse zeigen, statt beleidigt sein. Das würde den Ruf des Jagdvereins Pratteln bestimmt enorm anheben. Es ist doch wichtig, dass man dieses Revier wieder mit Herzblut hegt und pflegt. Was ich wirklich nicht verstehen kann, warum nicht alle miteinander? Als Jagdverein-Fusion oder so? Was ich wirklich noch befürchte, ist, dass nach dem dritten Streich, der vierte folgt sogleich. Ich hoffe es nicht. Zum Schluss ein Zitat von Sophokles: „*Wenn du nachgibst, gewinnst du Freunde!*“.

Kurt Lanz: Mir ist während dem Votum von Christian Schäublin durch den Kopf gegangen, was das Wort Kompromiss bedeutet. Geblieben ist mir, dass ein Kompromiss für sie wahrscheinlich ist, wenn der Jagdverein die Pacht wiederbekommt. Aber das wäre für mich nicht Kompromiss.

Josef Bachmann: Ich sage zu dem hier Theater. Das können wir in Basel schauen und müssen das nicht hier machen. Was mich eigentlich viel mehr stört: Warum kann man das Problem nicht lösen? Wenn ich in den Wald gehe, sehe ich keine kleinen Vögel mehr. Ich sehe nur noch Krähen und Elstern. Und wenn wir einen Unfall haben, woher nehmen wir dann die Jagdaufseher, damit das erledigt wird? Unnötige Kosten für die Gemeinde und bringen tut es nichts. Das ist jetzt ein Nachteil der Demokratie.

Christian Schäublin: Zum Votum von Eva Keller: Wenn es so einfach und eindeutig gewesen wäre, wäre es schon lange entschieden. Ist es aber nicht, sonst wäre diese Verfügung nicht x-Mal aufgehoben worden. Das Kantonsgericht hat es auch wieder zurückgewiesen. Das ist ja die ganze Geschichte. Ganz simpel gesagt, der Gemeinderat hätte es auch einfach an den Jagdverein Pratteln vergeben können und dann hätte sich die Jagdgesellschaft Schauenburg rechtfertigen müssen. Sie mussten sich nicht einmal rechtfertigen und sagen, was sie besser machen würden. Die Kompromissbereitschaft bezieht sich nicht darauf, dass man einfach nachgibt, sondern war vorhanden, wurde aber weder vom Gemeinderat noch von der Jagdgesellschaft Schauenburg angenommen, weil die Diskussionen einfach beendet wurden. Bei der Mediation gab es keine Schlussbesprechung, obwohl das gewünscht wurde. Auch wurde kein Protokoll erstellt.

Genau gleich war es auch bei der letzten Vergabe. Es gab zwar Stellungnahmen und es wurden Fragen gestellt, die aber nicht beantwortet wurden, sondern man hat einfach nur wieder vergeben. Da fragt man sich schon. Einmal mehr geht es um das Verfahren. Wer sitzt am längeren Hebel und wer hat den Draht? Das muss ich hierin jetzt nicht mehr wiederholen, denn ich habe das Wort Vetterliwirtschaft nicht mehr in den Mund genommen. Ein bisschen ist es wie David gegen Goliath. Der kleine Jagdverein mit mehreren Mitgliedern, welche seit Jahren dabei sind wie z. B. mein Vater. Niemand hat so viel Erfahrung und kennt den Wald so gut wie er. Aber es wird auf der Gemeinde einfach nicht mit gleichen Längen gemessen und im Gemeinderat, auch wenn man den Ausstand etc. dazuzählt. Das ist einfach eine Tatsache und vielleicht mal ein Anliegen, dass ihr vertreten oder sicher in eurem Interesse wäre, für den kleinen Mann, den kleinen Verein in diesem Sinn einzutreten. Es geht nur um den Verein. Ich glaube, da würde sich jeder wehren, wenn man z. B. bei einem Turnverein dabei ist und dieser einfach so vor die Tür gestellt wird. Das ist durchaus legitim. Wenn es juristisch eindeutig wäre, wäre wahrscheinlich alles schon klar, aber das ist es ja eben nicht. Darum hat es auch in anderen Gemeinden so stattgefunden und darum hat es die Beschwerden gegeben. Es ist alles noch offen, das ist leider so. Ich denke, das ist ihr gutes Recht, dass man überhaupt noch Beschwerde auf dem juristischen Weg beschreiten kann und das wird hier halt genutzt.

Christine Weiss: Ich finde es einfach nicht gut, dass dieser persönliche Streit der beiden Jagdgesellschaften in den Einwohnerrat getragen wird. Es ist kein Kompromiss wenn eine Gesellschaft findet, wir haben es so lange gemacht, wir müssen es wieder haben und wenn wir es nicht bekommen, ist etwas falsch am Verfahren. Das kann es nicht sein. Ich will nicht, dass wir hierin darüber diskutieren und habe vorhin gegen eine Diskussion gestimmt. Ein Kompromiss ist einzig und allein, dass sich beide verfeindeten Jagdgesellschaften finden und es zusammen machen. Etwas anderes gibt es nicht. Sonst gibt es jetzt halt eine Gesellschaft, welche bestimmt wurde und diese macht es. Alles andere ist kindisch und hat hierin keinen Platz.

GR Christine Gogel: Ich gebe Christian Schäublin nochmals ein paar Antworten, obwohl ich der Ansicht bin, dass ich es sehr ausführlich und deutlich gesagt habe. Es wurde nur einmal entschieden und das nicht in materieller Sicht. Wir haben einen Formfehler gemacht und dieser wurde korrigiert. Es ist also nicht dreimal entschieden worden, dass wir einen Fehler in materieller Hinsicht gemacht haben. So ist es einfach nicht. Das Gericht hat einmal entschieden. Der Formfehler bezog sich auf die schriftlichen Stellungnahmen, weil wir zu wenige schriftliche Stellungnahmen eingeholt haben. Das wurde inzwischen korrigiert. Wir haben ausführliche Bewerbungen, Strategien und Referenzen von beiden Jagdgesellschaften eingeholt. Danach wurden die Bewerbungen der jeweils anderen Gesellschaft zur Verfügung gestellt. Sie durften alles beurteilen. Wir haben alles vorliegen, so sind wir vorgegangen und an diesem Punkt stehen wir jetzt. Das Gericht hat materiell überhaupt noch nicht entschieden. Zur Vergabe der Pacht haben sie sich noch gar nicht geäußert. Ich darf auch ganz vieles nicht sagen, weil es ein laufendes Verfahren ist, aber vielleicht noch einen Hinweis zur Mediation, weil der Vorwurf kam, sie sei noch nicht abgeschlossen und nichts schriftliches festgehalten wurde. Ich verweise auf das Protokoll der Mediatorin, auf Telefonate und E-Mails an den Vater von Christian Schäublin. Am Schluss war er nicht mehr erreichbar. Wir haben alles festgehalten. Wir haben uns bemüht und wollten wirklich einen Kompromiss. Wir wollten, dass alle die jagen wollen, auch jagen können in einem neuen oder bestehenden Gefäss oder wie auch immer. Man wollte nicht, dass plötzlich jemand aussen vor ist. Die zwei Parteien mussten mit der Mediatorin zusammensitzen und dann wurde versucht, eine Lösung zu finden, ähnlich einem Workshop mit gemeinsamen Strategien. Es hat nicht funktioniert. Der Gemeinderat hat sich ganz bewusst da rausgehalten, genau aus dem Grund, weil der Vorwurf kam, wir seien parteiisch. Damit wir nicht befangen sind, haben wir die ganze Sache extern gegeben. Und das ist jetzt auch nicht recht. Also einerseits wird gesagt, der Gemeinderat ist parteiisch und andererseits wird es vom Rat aber auch nicht gutgeheissen, wenn wir eine auswärtige neutrale Stelle beiziehen. Es werden mehr Gesprä-

che mit dem Gemeinderat und der Verwaltung verlangt aber gleichzeitig moniert, dass wir befangen und parteiisch sind. Aus unserer Sicht haben wir sehr viel Aufwand betrieben. Diese Liste (*zeigt sie ins Publikum*) zeugt nur von zwei Monaten Mediation und solch eine Liste könnte ich noch von der Verwaltung vorweisen. x-Gespräche, Telefongespräche, Mails usw. Wir haben diese Mediation ins Leben gerufen und versucht, eine Lösung zu finden. Das Gericht hat uns am Schluss noch zu einer schriftlichen Stellungnahme aufgefordert. Das was von uns aus rechtlicher Sicht verlangt worden ist, liegt vor. Alle anderen und weitere mündliche Kontakte kommen einem Perpetuummobile gleich. Wie Christian Schäublin schon richtig gesagt hat, die Vergabe der Jagdpacht liegt in der Kompetenz des Gemeinderates und nicht beim Einwohnerrat. Falls der Einwohnerrat mit dem Entscheid des Gemeinderates zur Vergabe der Jagdpacht nicht einverstanden ist und diese in Frage stellt, muss der Rat entscheiden, ob dieses Geschäft an die Geschäftsprüfungskommission übergeben wird. Alles andere ist jetzt nur ein Hickhack. Jaggen ist eine traditionelle, naturverbundene und wichtige Aufgabe im Dienste der Allgemeinheit. Es ist dem Gemeinderat unverständlich, dass kein Kompromiss gefunden werden konnte. Das übergeordnete Ziel des Gemeinderates ist der Einbezug sämtlicher Interessens- und Anspruchsgruppen.

Eva Keller: Da Christian Schäublin mich vorhin auch persönlich angesprochen hat, werde ich ihm ebenfalls antworten: Es ehrt dich sehr, dass du für deinen Vater schauen möchtest. Ob man aber als Sohn noch richtig objektiv ist, wage ich zu bezweifeln. Eigentlich solltest du jetzt auf deinen Vater umgekehrt einwirken, damit vielleicht ein Kompromiss gefunden wird und das Hickhack-Theater oder die Streiche von Max und Moritz endlich aufhören.

Christian Schäublin: Ich habe nicht behauptet, dass ich objektiv sein kann. Da will ich mich auch nicht verstellen. Trotzdem ist es ein Verein, ich kann auch von einer Institution reden, den es noch gibt, sonst würde ich allein für meinen Vater reden. Es ist ein Hickhack und ich habe erwähnt, dass ich nicht gerne hier vorne stehe. Juristisch kommen wir nicht weiter. Der Gemeinderat hat Formfehler gemacht. Am Anfang war es ganz dilettantisch, ohne Anhörung und ohne Begründung. Auch die Korrekturen, die gemacht wurden, kann man sehen, wie man will und ob diese sinnvoll oder richtig sind. Es war immer mit dem einen Ziel, dass der Jagdverein sich rechtfertigen musste, während sich die Jagdgesellschaft nie rechtfertigen musste. Die Pacht wurde ihnen einfach immer vergeben. Das Verfahren ist alles andere als sauber gelaufen, um das geht es. Und das kann man auch nachlesen. Darum könnte es auch an die GPK gehen. Das Problem ist, ich war selber auch schon GPK-Präsident, dass die GPK dies erst ansehen kann, wenn das Verfahren abgeschlossen ist. Das hatten wir auch schon mal und war genauso ein Hickhack. Wenn es dann mal abgeschlossen ist, braucht man damit sicher nicht mehr zu kommen. Ich versuche wirklich, positiv beim Verein einzuwirken. Ich mache es mir auch nicht einfach und hier zu stehen, ist für mich auch nicht leicht. Trotzdem ist es für mich nicht in Ordnung, was in diesen drei Jahren abgelaufen ist. Ich habe einiges an Begründungen und Stellungnahmen gesehen. So wie GR Christine Gogel könnte ich auch noch einige Sachen auspacken, mache ich jetzt aber nicht. Ich möchte das hier einfach nochmals unterstreichen. Von mir aus gesehen, kann man diese Diskussion jetzt beenden.

Mauro Pavan: Ich schliesse mich dem Schlussvotum von Christian Schäublin an und beantrage hiermit formell noch die Beendigung der Diskussion.

Ordnungsantrag Mauro Pavan

Keine weiteren Wortmeldungen. Der Ordnungsantrag auf Schluss der Diskussion ist hiermit hinfällig.

Die Interpellation Nr. 3160 ist beantwortet.

Geschäft Nr. 3134

Beantwortung Postulat der SP-Fraktion, Fabian Thomi, betreffend „Überdachte Fahrradparkplätze auf dem Friedhof Blözen“

Aktenhinweis

- Postulat der SP-Fraktion, Fabian Thomi, vom 29. Oktober 2018
- Beantwortung des Gemeinderates vom 4. April 2019

GR Stefan Löw: Bei der Entgegennahme dieses Postulates habe ich schon gesagt, dass wir dies innerhalb der Frist beantworten können, da die Vorgespräche bezüglich diesem Unterstand beim Friedhof Blözen in Zusammenarbeit mit der Denkmalpflege bereits stattgefunden haben. Der Friedhof wurde von der Denkmalpflege als sehr schützenswertes Objekt eingestuft. Es ist zwar nicht unterstellt und das machen wir bewusst nicht. Wir stützen uns auf die Empfehlungen der Denkmalpflege, um diese nach Möglichkeiten voll und ganz umzusetzen. Dementsprechend ist nun eine Möglichkeit vorhanden, um diesem Postulat gerecht zu werden. Wie man der Beantwortung entnehmen kann, müssen die Kosten dafür ins Budget aufgenommen werden und beantrage dem Rat, das Postulat abzuschreiben.

Fabian Thomi (Postulant): Ich danke dem Gemeinderat herzlich und bin erfreut über die Beantwortung meines Postulates und bin für abschreiben.

Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat Nr. 3134 wird als erfüllt abgeschrieben.

Fragestunde

Es sind keine Fragen eingegangen.

Die Sitzung wird um 20:50 Uhr beendet.

Pratteln, 22. Juni 2019

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Hasan Kanber

Evelyne Hefti